

Bundeskanzler Helmut Kohl:

Die SPD operierte mit Doppelstrategie

Zunächst eine kurze Bemerkung zum Wahlausgang in Nordrhein-Westfalen: Angesichts der festgefühten parteipolitischen Landschaft in Nordrhein-Westfalen war uns klar, daß wir es in diesem Wahlkampf schwer haben würden, zu einer wesentlichen Verbesserung, ja zu einem Durchbruch zu kommen. Die Partei in Nordrhein-Westfalen hat enorm gekämpft. Das weiß ich aus eigener Anschauung.

Dies gilt besonders auch für Norbert Blüm. Er hat ja nicht zuletzt aufgrund seiner ausgezeichneten Arbeit hier im Bonner Kabinett große Erfolge errungen für die Bundesrepublik und ihre Bürgerinnen und Bürger. Er war aber leider auch besonderen Anfeindungen ausgesetzt — ich will nur das Thema „Gesundheitsreform“ als ein Beispiel nennen. Das Ergebnis der Wahlen ist für uns unbefriedigend: Es ist der Status quo, mit leichten Verschlechterungen für die SPD. Wir haben praktisch das gleiche Ergebnis erzielt wie 1985, d. h., wir werden auch innerhalb der Partei weiter hart arbeiten müssen.

Der Ausgang der Wahl in Niedersachsen bedeutet für uns eine bittere Niederlage, und zwar in verschiedener Hinsicht. Zunächst einmal weil diese Niederlage die Amtszeit von Ernst Albrecht beendet, der in rund 14 Jahren ausgezeichnete Arbeit in diesem Bundesland geleistet hat. In einer sehr noblen Weise — die auch im Bundesvorstand sehr dankbar vermerkt wurde — hat er dieses Ergebnis

(Fortsetzung auf Seite 2)

HEUTE AKTUELL

● Deutschland

Generalsekretär Volker Rühle:
Die Verantwortung der SPD.
Seite 6

Vom 18. März zum 6. Mai: Die
Wähler haben der CDU ihr
Vertrauen bewahrt. Seite 8

● Kommunen

Die Steuerreform begünstigt die
Gemeinden. Seite 10

● Familie

1. Juli 1990: Ein wichtiger
Stichtag für weitere familienpo-
litische Leistungen. Seite 11

● Ausbildung

BAföG künftig bis zu 890 DM.
Seite 13

● Wohnen

Ausreichend vorhandener
Wohnraum ist der beste Mieter-
schutz. Seite 15

● Dokumentation

Die Wahlen zu den Landtagen
in Nordrhein-Westfalen und in
Niedersachsen. Das vorläufige
amtliche Endergebnis.
Grüner Teil

(Fortsetzung von Seite 1)

kommentiert und seine persönlichen Konsequenzen gezogen.

Wenn Sie die Zahlen betrachten, stellen Sie fest, daß es eine knappe Niederlage ist. Der Abstand beträgt weniger als 100.000 Stimmen — rund 95.000 —, aber es ist eine Niederlage. Sie hat zur Folge, daß die CDU in Niedersachsen nach gut 14 Jahren aus der Regierung ausscheidet. Sie bedeutet gleichzeitig den Verlust der Mehrheit für die unionsgeführten Bundesländer im Bundesrat.

Neben landespolitischen Themen, die sicherlich überall eine Rolle spielten, war die Frage nach der deutschen Einheit ein wichtiges, ein zentrales Thema. Hier haben wir in den letzten Monaten erhebliche Stimmungsschwankungen erlebt. Es zeigt sich, und ich habe nie etwas anderes erwartet —, daß der Weg zur deutschen Einheit ein schwieriger Weg ist. In einem Land, das wie die Bundesrepublik über eine besonders ausgeprägte wirtschaftliche Stabilität verfügt, sind auch Ängste latent vorhanden. Es zeigt sich auch, daß man mit Hilfe demagogischer Mittel hier und da erfolgreich versuchen kann, mit Ängsten politische Geschäfte zu machen.

Mit demagogischen Mitteln

Sie wissen, daß Sozialdemokraten in der DDR — das konnte man am Fernsehschirm deutlich verfolgen — gerade in den letzten Wochen mit anderen zusammen immer wieder höhere Forderungen an die Bundesregierung gestellt haben. Hier in der Bundesrepublik konnte man im Wahlkampf genau das Umgekehrte erleben. Diese Doppelstrategie muß man sehen, und sie wird sicherlich unser Wegbegleiter in den nächsten Monaten sein. Aber wir werden darauf zu antworten wissen.

Es bleibt die Tatsache, daß es unsere Aufgabe ist, diesen geschichtlichen Auftrag — die Einheit Deutschlands in Freiheit — zu erfüllen, und wir bringen dafür alle Voraussetzungen mit. Deswegen werden wir in der Auseinandersetzung der kommenden Monate über diese Dinge im einzelnen mit den Bürgern zu reden haben. Denn hier werden unterschiedliche Dinge vertreten. Da wird gesagt, das Ganze gehe zu hektisch vonstatten. Die gleichen, die dies sagen, haben noch vor wenigen Wochen — etwa vor der Wahl am 18. März in der DDR — darauf hingewiesen, daß die Zahl der Übersiedler steige.

Rund um die Uhr gearbeitet

Wer den Menschen in der DDR die Hoffnung darauf nimmt, daß sie eine Zukunft haben in der Sozialen Marktwirtschaft — und zwar nicht irgendwann, sondern bald oder zumindest in absehbarer Zeit —, der nimmt in Kauf, daß die Menschen sich dann in einer „Abstimmung mit den Füßen“ gegen ihre angestammte Heimat entscheiden. Dies wollen wir nicht. Und diejenigen, die davon sprechen, daß man diesen Prozeß noch verlängern kann, müssen sich auch über die Kosten im klaren sein, die ein derart verlängerte Prozeß mit sich bringt.

Wir waren, was den Termin der Landtagswahlen betrifft, in der unbequemen Lage, daß die Verhandlungen über den Staatsvertrag während des Wahlkampfes stattfanden und beim bestem Willen einfach nicht früher abzuschließen waren. Das gilt für unsere Partner ebenso wie für uns. Auf beiden Seiten haben die Verantwortlichen rund um die Uhr gearbeitet. Die SPD verfügt nun im Bundesrat über die Mehrheit. Es ist in der vierzigjährigen Geschichte der Bundesrepublik kein Novum, daß es die Bundesregierung mit einer oppositionellen Mehrheit im Bundesrat zu tun hat. Damit muß man leben.

Pressestimmen

Appell an den Neid

Wie bei einer Generalprobe für die Bundestagswahl im Dezember haben die Wahlkampfstrategen gespannt beobachtet, was in der Bevölkerung besser ankommt: der Optimismus des niedersächsischen Ministerpräsidenten Albrecht, der die Chancen der Vereinigung in freundlichem Licht erstrahlen ließ — oder die polarisierende Kritik des Herausforderers Schröder, der die finanziellen und sozialen Kosten der Vereinigung herausstrich und Ängste schürte: „Ich will nicht haben, daß an der Einheit die Millionäre verdienen und die Millionen bezahlen müssen.“ Der Appell an den Neid wird auf viele gewirkt haben; denn anders ist es nicht zu verstehen, daß die SPD so gut abgeschnitten, die CDU trotz einer Formsteigerung des Ministerpräsidenten und trotz ihrer Hoffnungsträgerin Rita Süßmuth verloren hat.

Frankfurter Allgemeine Zeitung

Erfolg der Angst

Der Erfolg der SPD in Niedersachsen ist eine Überraschung, und er wirft ernste Fragen zur Entwicklung in Deutschland auf. Es war nämlich nicht der Spitzenkandidat Gerhard Schröder, der den Wechsel herbeigeführt hat. Dafür hat er in seinem Land nicht die nötige Zustimmung. Vielmehr hatten er und die SPD Erfolg mit den Warnungen, die Kosten der deutschen Einheit könnten zu hoch werden.

Ob es ein Zusammenspiel zwischen der SPD in der Bundesrepublik und ihrer Schwesterpartei in der DDR gegeben hat, sei dahingestellt. Tatsache ist, daß die Sozialdemokraten drüben immer höhere finanzielle Forderungen an die Bundesrepublik erhoben haben, die SPD hier aber die Kosten als ein Schreckgespenst an die Wand gemalt hat. So wurde die Angst gefördert, die nun in Niedersachsen parteipolitische Ergebnisse hat.

Rheinische Post

Wir haben — ich selbst war ja vor meinem Weggang aus Mainz 1976 Wortführer der CDU/CSU-Länder — damals in einer konstruktiven Weise mitgearbeitet.

Mehr Verantwortung für SPD

Ich gehe davon aus, daß dies die politisch Verantwortlichen in den SPD-geführten Ländern auch so sehen und daß sie ihrer bundesstaatlichen Verantwortung gerecht werden. Auf alle Fälle bedeutet das für sie ein Mehr an Verantwortung. Ich werde selbstverständlich das meine tun, damit dieses Mehr an Verantwortung für die neue Bundesratsmehrheit deutlich wird.

Wir haben heute im Bundesvorstand ferner darüber gesprochen — es gibt ja eine Diskussion, die jetzt auch im Zusammenhang mit dem Staatsvertrag stattfindet —, inwieweit die bisher in Aussicht genommenen Wahltermine eingehalten werden können. Ich will noch einmal wiederholen, daß wir, die CDU, darauf bestehen, daß die Bundestagswahl am 2. Dezember stattfindet. Wenn sich darüber hinaus Möglichkeiten ergeben sollten, Wahltermine in der DDR mit diesem Termin zu verbinden, wird dies eine Frage in den Gesprächen der nächsten Zeit sein. Dies ist eine Frage, die ja zwei Partner betrifft, nämlich die DDR genauso wie uns. ■

Norbert Blüm: Die deutsche Einheit bleibt das große politische Thema

Die SPD hat in Nordrhein-Westfalen zwar 2,1 Prozent verloren, aber sie ist eindeutiger Wahlsieger. Die CDU gewinnt 0,2 Prozent, verfehlt jedoch eindeutig ihr Wahlziel. Die Gesamtentwicklung zeigt, daß CDU und SPD in ihren eigenen Hochburgen leichte Verluste hinnehmen mußten und in denen des Gegners leichte Gewinne verzeichnen konnten.

Die Wahlbeteiligung lag in Nordrhein-Westfalen um 3,4 Prozent niedriger als 1985. Das hat wesentlich zu den Verlusten auch von SPD und CDU beigetragen sowie den Einzug der Grünen in den Landtag ermöglicht. Es zeigt sich, daß die Wahlbeteiligung in den Hochburgen der beiden großen Parteien besonders abfiel. Dabei wird deutlich, daß in erster Linie die SPD, in zweiter Linie die CDU ihre Anhängerschaft nicht voll mobilisieren konnte.

Verluste an Nichtwähler

Ich kann das auch an anderen Zahlen deutlich machen: Was die Wählerbewegung betrifft, soweit das ermittelbar ist, haben wir an Nichtwähler 473.000 Stimmen abgegeben und von den Nichtwählern 341.000 zurückgeholt, also ein Netto von etwas mehr als 100.000 verloren. Die SPD hat 700.000 an die Nichtwähler verloren und 408.000 zurückgeholt.

Zur Bewertung des Wahlkampfes auch im Lichte des Wahlergebnisses: Das Thema der deutschen Wiedervereinigung, unser großes Thema, ist durch eine Kampagne der Angst zunehmend mit Verunsicherung verbunden worden. Dabei wurde in der DDR die Angst mit der Behauptung

proviziert, wir helfen zu wenig, und hier wurde die Angst mit der Behauptung verbreitet, wir helfen zuviel.

Unberührt vom Wahlausgang, bleibt die deutsche Einheit das große politische Thema, und unbeirrt ist sie nur mit Solidarität, aber nicht mit Egoismus zu bewerkstelligen. Deshalb halten wir an diesem Ziel fest, auch in den kommenden Wahlkämpfen.

Strategie der Angst

... dies ist das eigentliche Ergebnis der Landtagswahlen: Die SPD und mit ihr Kanzlerkandidat Lafontaine haben mit einer Doppelstrategie Erfolg gehabt. Die SPD in Ost-Berlin hat vor diesen Wahlen mächtig aufgetrumpft und von der Bundesregierung immer weitere Zugeständnisse beim Staatsvertrag gefordert. Zugeständnisse, die viele Milliarden kosten würden. Die West-SPD hat derweil landauf, landab Schreckensbilder eines sozialen Abstiegs der Bundesbürger bei einer zu schnellen Vereinigung an die Wand gemalt. Mit dieser Strategie der Angst hat die Opposition Erfolg gehabt. Angst kann aber kein Maßstab für erfolgreiche Politik sein.

Das weiß Helmut Kohl. Er hält deshalb unbeirrt an seinem deutschlandpolitischen Kurs fest. Für ihn ist es jetzt wichtig, daß der Staatsvertrag ordentlich unter Dach und Fach kommt. Und daß bei den Bundestagswahlen am 2. Dezember, die vielleicht schon gesamtdeutsche Wahlen sind, die Deutschen wissen, daß die Einheit für sie auch wirtschaftlich eine große Zukunftschance ist.

Frankfurter Neue Presse

Ernst Albrecht: Die deutsche Einheit unbeirrt verwirklichen

Das Wahlergebnis in Niedersachsen hat zu einem Regierungswechsel geführt, aber es ist nicht verkehrt anzumerken, daß SPD und Grüne nur 0,4 Prozent gegenüber 1986 hinzugewonnen haben. Die CDU hat 2,3 Prozent verloren. Die Differenz ergibt sich ziemlich genau aus dem Wahlergebnis der Republikaner und der NPD, die ja 1986 nicht dabei waren.

Ich will trotzdem unterstreichen, eines der wichtigsten Wahlergebnisse ist: Das Problem Republikaner hat sich erledigt. Das ist eine Leistung der CDU und eine Leistung der Politik der Bundesregierung unter unserem Bundeskanzler.

Wir haben seit Jahresbeginn eine seltsame Diskrepanz in der Demoskopie gehabt. Auf der einen Seite mit 54 Prozent eine hohe Zustimmung zur Bundesregierung und zur Landesregierung, hohe Zustimmung auch zu der Politik des Ministerpräsidenten: 64 Prozent und manchmal bis zu 67 Prozent. Auf der anderen Seite bei der Sonntagsfrage: Koalition und Rot/Grün immer ganz nahe beieinander, mal die eine und mal die andere vorn.

Wir haben im Laufe der letzten Monate eigentlich nur zwei bedeutende Stimungsprobleme gehabt: zu Beginn des Jahres bis nach dem 18. März den gewaltigen Zustrom von Übersiedlern, Aussiedlern und immer noch Asylbewerbern, wobei in Niedersachsen jeder fünfte, also 20 Prozent der Übersiedler Aufnahme gefunden haben, obwohl die Aufnahmequote des Landes eigentlich bei 8,5 Prozent liegen sollte.

In der zweiten Hälfte, also etwa beginnend mit April und dann sehr viel stärker noch im Mai, hatten wir die seltsame Tatsache zu verzeichnen, daß auf der einen Seite mehr als 80 Prozent unserer Bevölkerung in Niedersachsen eindeutig für die deutsche Einheit war, auf der anderen Seite aber die Ablehnung jeglicher Beeinträchtigung des persönlichen Lebensstandards von Woche zu Woche wuchs. Damit haben sich Sorgen hinsichtlich der eigenen Rente verbunden, des Arbeitsplatzes auch der finanziellen Konsequenzen.

Erfolg durch Doppelstrategie

Norbert Blüm hat es zu Recht gesagt, daß die SPD hier eine Doppelstrategie betrieben hat, nämlich den Menschen drüben gesagt hat, die Bundesrepublik müsse viel mehr zahlen, aber den Menschen hier gesagt hat, wir schützen euch dagegen, daß ihr teilen und abgeben müßt. Diese Doppelstrategie hat sicherlich Erfolg gehabt.

Das kann sich allerdings auch nur eine Oppositionspartei leisten, eine Regierungspartei muß eintreten für das, was sie tut und sagt.

Ich habe dem Bundesvorstand gesagt und möchte das auch hier wiederholen: Das wichtigste ist, daß die deutsche Einheit verwirklicht wird, und ich kann den Bundeskanzler nur bitten und ermutigen, unbeirrt durch das Wahlergebnis auf diesem Kurs fortzufahren. Es ist die Chance der zweiten Hälfte unseres Jahrhunderts, und ich meine, daß alles getan werden muß, um diese Chance auch tatsächlich zu realisieren. ■

Generalsekretär Volker Rühle:

Die Verantwortung der SPD

Der jetzt vorliegende Entwurf für den Staatsvertrag zur Schaffung einer Währungsunion, Wirtschafts- und Sozialgemeinschaft mit der DDR ist ein optimales Angebot, mit dem wir unserer Verantwortung gegenüber unseren Landsleuten in der DDR gerecht werden. Ihre Lebensbedingungen werden sich dadurch spürbar verbessern.

Wir werden mit diesem Angebot zugleich auch unserer Verpflichtung gerecht; den notwendigen Anforderungen zu entsprechen, damit unsere Währung stabil und der wirtschaftliche Wohlstand und die soziale Sicherheit der Bundesbürger erhalten bleiben. Deswegen ist auch gegenüber allen Stimmen der Anmaßung aus der DDR, gegenüber den viel zu weit gehenden Nachbesserungsforderungen mit Nachdruck zu sagen: Die Bundesregierung ist mit ihrem Angebot bis an die Grenzen des Möglichen gegangen.

Das schlechte Abschneiden der CDU bei den Wahlen in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen wird uns nicht zu einem Kurswechsel auf dem Weg zur deutschen Einheit veranlassen, denn es gibt keine Alternative zu der Politik, wie wir sie jetzt eingeleitet haben. Das heißt aber auch, daß der Staatsvertrag zum 1. Juli in Kraft treten wird. Mit ihrer Mehrheit im Bundesrat tragen die Sozialdemokraten jetzt ein Mehr an Verantwortung. Die SPD wird deshalb Farbe bekennen müssen, ob sie in dieser historischen Phase der deutschen Politik konstruktiv mitarbeiten oder ihre Mehrheit dazu nutzen will, um zu verzögern. Einer den neuen Verhält-

nissen entsprechenden verantwortlichen Politik würde es auch widersprechen, wenn weiterhin wie bisher das Doppelspiel betrieben wird, daß von der SPD in Ost-Berlin mit ständig neuen Forderungen draufgesattelt wird, von der SPD in Bonn aber gesagt wird, eigentlich sei die Wiedervereinigungspolitik — wie sie von der Bundesregierung gemacht wird — viel zu teuer.

Jetzt ist kein Zeitpunkt für taktische Spielchen! Um die Herausforderungen und Aufgaben in dieser revolutionären Phase der modernen deutschen und europäischen Geschichte bewältigen zu können, ist vielmehr konstruktive Zusammenarbeit notwendig.

Je länger der Prozeß dauert, desto teurer wird er

Es ist auch falsch, wenn die SPD behauptet, die Bundesregierung drücke aufs Tempo und betreibe den Prozeß der deutschen Einheit mit Hektik. Das Tempo wird vielmehr durch die Sachzwänge und die geschichtliche Entwicklung bestimmt.

Ein Beispiel dafür war das katastrophale Anwachsen des Übersiedlerstromes, wie wir es in den ersten Monaten dieses Jahres erlebt hatten. Aber auch die außenpolitische Entwicklung in ganz Europa, insbesondere in Mittel- und Ost-Europa, in der Sowjetunion, wird für das Zusammenwachsen Deutschlands durch Abwarten nicht günstiger werden.

Die wirtschaftliche und soziale Lage in der DDR wird von Tag zu Tag ungünsti-

SPD in Gera will Pakt mit der PDS/SED

Ein ungeheuerlicher Skandal bahnt sich in der thüringischen Bezirkshauptstadt Gera an. Kaum zu glauben, aber wahr: Die SPD will ihren Spitzenkandidaten Rauch mit den Stimmen der PDS/SED zum Oberbürgermeister wählen lassen!

Um der Pfründe willen paktiert die SPD mit denen, die über Jahrzehnte hinweg Menschen mit Mauer, Schießbefehl und Stasi unterdrückt und die Blut an ihren Händen haben. Erstmals soll das für den demokratischen Aufbau in der DDR ungeschriebene Gesetz, nicht mit den Diktatoren von gestern zusammenzuarbeiten, gebrochen werden.

Wir richten einen eindringlichen Appell an die thüringische, an die hessische wie an die Bundes-SPD, dem Paktieren ihrer Parteifreunde mit der PDS Einhalt zu gebieten, ein SPD/PDS-Bündnis zu verhindern und eine Zusammenarbeit der Demokraten zu ermöglichen. CDU, SPD, Liberale, Neues Forum und Demokratischer Aufbruch hatten in Gera, der zehntgrößten Stadt der DDR, vor den Wah-

len am 6. Mai eine Zusammenarbeit der Demokraten unter Ausschluß der PDS fest vereinbart und zugleich festgelegt, die stärkste Partei solle den Oberbürgermeister stellen.

Am Sonntag war die CDU klar stärkste Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung geworden. Sie stellt 35 Sitze, gefolgt von SPD (28) und PDS (17). Nach der Vereinbarung ist klar, daß der CDU-Spitzenkandidat Michael Galley Oberbürgermeister werden müßte. Die SPD hat aber nun angesichts des Ergebnisses erklärt, daß sie ihren Spitzenkandidaten mit den Stimmen der PDS als Oberbürgermeister durchsetzen wolle.

Uwe Ehrich, Vorsitzender des CDU-Landesverbandes Thüringen, und **Franz Josef Jung**, Generalsekretär der CDU Hessen: In mehreren Gesprächen ist es nicht gelungen, die Sozialdemokraten von ihrem verhängnisvollen Vorhaben abzubringen, ja der Nürnberger SPD-Bundestagsabgeordnete Lutz hat die Geraer SPD sogar ausdrücklich bestärkt, mit der PDS zu paktieren.

ger. Wer jetzt verzögert und auf Zeit spielt, der muß wissen, daß dadurch die Lage für die Menschen in der DDR immer schwieriger wird und dies unweigerlich zu einem erneuten Anstieg der Übersiedlerzahlen führen wird. Und je länger der Prozeß der Einheit dauert, desto teurer wird er. Der Zustand des jetzigen Nebeneinanders der beiden deutschen Staaten würde durch Verzögern und Abwarten zu einer unhaltbaren finanziellen Belastung für alle Deutschen führen. Die SPD steht hier jetzt in der Verantwortung. ■

Helmut Kohl nach Harvard eingeladen

Die US-Elite-Hochschule Harvard hat Bundeskanzler Helmut Kohl zur 339. Abschlußfeier am 7. Juni eingeladen. Uni-Rektor Derek Bok: „Kanzler Kohl hat sich zu einem der einflußreichsten Männer der Welt entwickelt und einen bedeutsamen Beitrag zur Neugestaltung der politischen und wirtschaftlichen Landkarte Europas geleistet.“ Der Kanzler hat zugesagt.

Vom 18. März zum 6. Mai:

Die Wähler haben der CDU ihr Vertrauen bewahrt

Am 6. Mai 1990, dem Tage, an dem ursprünglich die erste demokratische Wahl in unserem Lande stattfinden sollte, wurde nun schon zum zweiten Mal gewählt. Das Präsidium des Parteivorstandes der CDU stellt mit Freude fest, daß es eine Kontinuität zwischen den Ergebnissen beider Wahlen gibt und daß die Stimmen nicht recht behalten haben, die das hohe Ergebnis für die CDU am 18. März allein mit dem Gewicht der Bundesregierung erklären zu können glaubten.

Das Präsidium dankt allen Freunden in Stadt und Land für ihr Engagement, mit dem sie den Willen und die Kompetenz der CDU unterstrichen haben, den zweiten Teil der Revolution unseres Staatswesens, die demokratische Neugestaltung der kommunalen Ebene maßgeblich mitzuprägen. Unterstützt von den Wahlhelfern der Ortsverbände haben unsere Kandidaten zwischen Rügen und Fichtelgebirge Rede und Antwort gestanden und deutlich gemacht, was in den Rathäusern geändert werden muß, um eine wirklich bürgernahe Kommunalpolitik zu gestalten. Denn es geht nicht ums Reden, sondern ums Handeln.

Wir beglückwünschen alle Freunde, denen die Wähler ihr Vertrauen ausge-

sprochen haben und die nun in Volksvertretungen und Räten in unterschiedlicher Weise Verantwortung übernehmen werden, eine Verantwortung, die sie weit über den Tag der Herstellung der deutschen Einheit hinweg tragen werden.

Sehr herzlich danken wir unseren Partnern aus der Bundesrepublik Deutschland, die in oft selbstloser Weise ihre Erfahrungen, ihre Kenntnisse und ihr politisches Geschick in den Dienst unserer Parteiverbände gestellt, sie bera-

**Erklärung des Präsidiums
des Parteivorstandes der
CDU/DDR zu den Wahlen
am 6. Mai 1990**

ten und ermutigt, begleitet und vielfältig unterstützt haben. Sie haben damit wesentlich dazu beigetragen, die Spaltung Deutschlands in Köpfen und Herzen zu überwinden.

Die Kommunalwahlen waren ein großer Schritt vorwärts auf dem Weg zu praktizierter, stabiler Demokratie in jedem Dorf, in jeder Stadt und jedem Kreis unseres Landes und zugleich ein grundlegender Teil unserer Vorbereitung auf die Einheit des Vaterlandes. ■

Gemeinden und Kreise in der DDR brauchen kommunalen Fachverstand

Zur dringenden personellen Unterstützung der Kommunen in der DDR erklärte der kommunalpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Adolf Herkenrath:

Nach den Kommunalwahlen in der DDR wird zum Aufbau der kommunalen Selbstverwaltung in den Städten, Gemeinden und Kreisen dringend kommunaler Fachverstand benötigt. Auch bei dieser Aufgabe ist Hilfe aus der Bundesrepublik sehr gefragt. Die Innenminister unserer Bundesländer müssen sich dieser Aufgabe annehmen.

Zwar gibt es schon viel Hilfe und Unterstützung bei den bereits bestehenden und sich entwickelnden kommunalen Partnerschaften. Notwendig ist jedoch eine flächendeckende und organisierte personelle Unterstützung.

Es fehlen die Fachkenntnisse

Die am 6. Mai gewählten über 100.000 Mandatsträger stehen vor der Aufgabe, von Grund auf die kommunale Selbstverwaltung in den Städten, Gemeinden und Kreisen aufzubauen. Sie bringen viel Engagement und Einsatzbereitschaft mit. Ihnen fehlen aber meist die notwendigen Sach- und Fachkenntnisse einer freiheitlichen und modernen kommunalen Selbstverwaltung. Die Kommunalverwaltungen selbst sind weitgehend noch fest in der Hand von SED/PDS. Der wirtschaftliche Aufschwung in der DDR setzt vielfältige kommunale Leistungen voraus: z. B. Gewerbeansiedlung mit Ver- und Entsorgung.

Die Problematik verlangt, daß die kommunalen Körperschaften aus der Bundes-

republik für einige Zeit qualifizierte Mitarbeiter in die Kommunen der DDR entsenden. Diese Leistung der bundesdeutschen Kommunen kommt uns allen durch eine beschleunigte Entwicklung in der DDR wieder zugute. Viele unserer Kommunen sind zu dieser Hilfe bereit und im einzelnen geschieht auch schon vieles.

Die notwendige flächendeckende personelle Unterstützung der Kommunen in der DDR kann jedoch wegen der damit verbundenen organisatorischen, finanziellen und dienstrechtlichen Aspekte nur von einer Institution wie der Innenministerkonferenz der Länder angegangen und vereinbart werden. ■

Wilfried Martens neuer EVP-Vorsitzender

Der belgische Premierminister **Wilfried Martens** ist am 10. Mai zum neuen Vorsitzenden der Europäischen Volkspartei (EVP) gewählt worden. Er erhielt 65 von 67 abgegebenen gültigen Stimmen des Politischen Büros der EVP. Martens tritt die Nachfolge des luxemburgischen Regierungschefs **Jacques Santer** an, der dieses Amt seit 1987 innehatte. Zu einem der sechs Vizepräsidenten wurde der bayerische Finanzminister **Gerold Tandler** wiedergewählt. Der EVP-Fraktionsvorsitzende im Europäischen Parlament, **Egon Klepsch**, ist kraft Amtes Vizepräsident. In der 1976 gegründeten EVP haben sich die 13 christlich-demokratischen Parteien der EG-Mitgliedstaaten zusammengeschlossen.

Steuerreform begünstigt Gemeinden

Der positive kommunale Finanzierungssaldo ist im Jahre 1989 höher als ursprünglich erwartet ausgefallen. So haben die kommunalen Haushalte 1989 mit einem positiven Finanzierungssaldo in Höhe von 2,2 Milliarden Mark abgeschlossen. Die bereinigten Einnahmen haben mit plus 6,2 Prozent gegenüber 1988 stärker zugenommen als die bereinigten Ausgaben mit plus 5,1 Prozent.

Zu dieser Entwicklung hat die Wirtschafts- und Steuerpolitik der Bundesregierung entscheidend beigetragen. Obwohl bei den Gemeinden bereits ein erheblicher Teil der gesamten Mindereinnahmen der Steuerreform 1986/88/90 eingetreten ist, hatten sie einen Einnahmezuwachs von 10,1 Milliarden Mark gegenüber 1988.

Diese Daten bestätigen eindeutig das Steuerkonzept der Bundesregierung, wonach die zeitlich gestaffelte leistungsfördernde Steuersenkung bei Fortsetzung der verlässlichen Konsolidierungspolitik mit der finanziellen Leistungsfähigkeit von Bund, Ländern und Gemeinden in Einklang zu bringen ist. Die schauerlichen Prognosen der SPD haben sich so

eindeutig als falsch erwiesen, daß die finanzpolitische Inkompetenz auch dem letzten Bundesbürger im Zusammenhang mit der Entwicklung der Gemeindefinanzen ins Auge fallen muß. Anstelle der SPD-Schwarzmalerei, die Steuerreform werde die Kommunen kaputt machen, ist das genaue Gegenteil eingetreten.

Alfons Müller, Mitglied der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Als Bürgermeister der Stadt Wesseling weiß ich, wovon ich rede. Der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer war mit plus 8,6 Prozent für die Städte und Gemeinden 1989 die Steuerquelle mit dem höchsten Zuwachs. Bei der Gewerbesteuerentwicklung dominierte in der zweiten Hälfte des Jahres 1989 eine unerwartet starke Vorauszahlungsentwicklung, in der sich die inzwischen erneut zweistelligen Gewinnzuwacherwartungen widerspiegeln. So ist bei den Einnahmen aus der Gewerbesteuer (netto) für 1989 ein Zuwachs von 6,4 Prozent zu verzeichnen. Ich gratuliere als Kommunalpolitiker der Bundesregierung zu dieser erfolgreichen finanzpolitischen Weichenstellung und spreche der SPD gleichzeitig mein Beileid aus: Die Blamage hätte kaum größer sein können.

Deutsche Pershing Ia in den USA vernichtet

Im Auftrag des Bundesministeriums der Verteidigung wurden im April und im Mai alle in den USA gelagerten deutschen Pershing-Ia-Stufen vernichtet.

Es handelt sich um P-Ia-Antriebsstufen der Luftwaffe, die nicht dem INF-Vertrag unterliegen. Vertreter der Bun-

desregierung waren bei der Vernichtungsaktion anwesend. Die Ausbildung des deutschen Pershing-Flugkörperpersonals und das jährliche Zertifizierungsschießen in den USA sind bereits letztes Jahr eingestellt worden. Die Außerdienststellung der beiden Flugkörpergeschwader der Luftwaffe ist bis Ende Mai 1991 vorgesehen.

1. Juli 1990:

Wichtiger Stichtag für weitere familienpolitische Leistungen

Seit der erstmaligen Einführung von Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub 1986 wurde der Bezugszeitraum beider Leistungen erneut am 1. Juli 1989 verlängert: Die Anspruchszeit erstreckt sich seither auf die ersten 15 Lebensmonate des Kindes. Für nach dem 30. Juni 1990 geborene Kinder erfolgt eine weitere Verlängerung auf dann insgesamt 18 Monate: Wie bisher wird das Erziehungsgeld von 600 DM monatlich ab dem siebten Monat einkommensabhängig gemindert.

Auch nichterwerbstätige Ehepartner von Mitgliedern der Truppe oder des zivilen Gefolges der Streitkräfte eines NATO-Mitgliedstaats haben für nach dem 30. Juni 1990 geborene Kinder einen

Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub: Jetzt 18 Monate lang

Anspruch auf Erziehungsgeld, wenn sie als Deutsche oder Staatsangehörige eines EG-Mitgliedstaates schon vor der Versetzung des Mitglieds der NATO-Truppe mindestens ein Jahr ununterbrochen in der Bundesrepublik Deutschland gelebt haben.

Zuvor erhielten bloß diejenigen Ehepartner von Mitgliedern der NATO-Truppen Erziehungsgeld, die in einem Beschäftigungs-, Dienst- oder Amtsverhältnis stehen oder bestimmte Lohnersatzleistungen

(z. B. Arbeitslosengeld, Unterhaltsgeld etc.) beziehen oder bezogen haben.

Durch eine Änderung des Soldatengesetzes werden auch Soldaten und Zivildienstleistende künftig Erziehungsurlaub in Anspruch nehmen können.

Erziehungsurlaub und Erziehungsgeld sind aufgrund der Erfahrungen der vergangenen Jahre eine wichtige Hilfe für junge Familien. 97 Prozent der Eltern entscheiden sich heute nach der Geburt ihres Kindes dafür, Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub in Anspruch zu nehmen. Seit 1986 Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub erstmals eingeführt wurden, haben bisher insgesamt ca. 2.414.000 Mütter und Väter davon Gebrauch gemacht: 1986 waren es rund 520.000, 1987 schon 614.000, 1988 wie auch 1989 je rund 640.000. Diese ungewöhnlich hohe Akzeptanz zeigt, daß die Bundesregierung mit ihrer familienfreundlichen Politik den richtigen Weg eingeschlagen hat. Die jetzt in Kraft tretenden familienpolitischen Hilfen sind ein weiterer Schritt in diese Richtung.

Kindergeld und BAföG verbessert

Ab 1. Juli 1990 erhalten Eltern für das zweite Kind statt bisher 100 DM dann monatlich 130 DM Kindergeld (einkommensabhängig).

Im Rahmen der Ausbildungsförderung (BAföG) sind zum 1. Juli 1990 weitere

Erleichterungen vorgesehen: Die relativen Freibeträge vom Elterneinkommen bei der BAföG-Förderung sollen künftig 50 Prozent für die Eltern und 5 Prozent für jedes Kind betragen. Daneben wird die BAföG-Förderung zur Hälfte als Zuschuß gewährt. Für Studierende, die in der Examensphase keinen Anspruch auf BAföG mehr haben, wird eine Studienabschlußförderung eingeführt. Auch die Schülerförderung wird erweitert. Die Ausbildungsförderung orientiert sich künftig stärker an der wirtschaftlichen Leistungskraft der Eltern; damit wird eine erhebliche Ausweitung der Förderleistungen im Bereich der Familien mit mittlerem Einkommen einhergehen. Die Zahl der Geförderten wird sich durch diese Leistungsverbesserungen um ca. 70.000 erhöhen. Rund 180.000 Studenten werden dann höhere Förderungsbeiträge erhalten.

Welche zusätzlichen Leistungen für Familien 1990 schon in Kraft getreten sind, zeigt der folgende Überblick:

Seit 1. Januar 1990: Höhere Steuerfreibeträge und Baukindergeld

- Seit 1986 kann für jedes Kind ein Kinderfreibetrag von 2.484 DM jährlich vom steuerpflichtigen Einkommen abgezogen werden. 1990 wurde der Kinderfreibetrag um 540 DM auf 3.024 DM erhöht.
- Eine weitere steuerliche Entlastung sind die Ausbildungsfreibeträge für Familien mit Kindern in der Ausbildung. Sie wurden sowohl 1986 als auch 1988 erhöht. Seit 1990 kommen sie auch für Kinder, die gesetzlichen Grundwehrdienst oder Zivildienst geleistet haben, bis zur Vollendung des 29. Lebensjahres in Betracht.
- Unterhaltsleistungen für bedürftige Angehörige, für die ein Kinderfreibetrag

nicht in Frage kommt, können als außergewöhnliche Belastungen von der Steuer abgezogen werden. Bereits 1986 wurde der Höchstbetrag für volljährige Angehörige von 3.600 DM auf 4.500 DM angehoben und gleichzeitig das anrechnungsfreie Einkommen der unterstützten Person von 4.200 DM auf 4.500 DM erhöht. 1990 ist nun eine weitere Anhebung des Höchstbetrages um 900 DM auf 5.400 DM erfolgt.

- Hinzu kommt für Alleinerziehende als steuerliche Vergünstigung der sogenannte Haushaltsfreibetrag, der nach stufenweiser Erhöhung (sowohl 1986 als auch 1988) seit 1990 5.616 DM beträgt.
- Für die persönliche häusliche Pflege von erheblich Pflegebedürftigen ist seit 1990 ein Pauschbetrag von 1.800 DM eingeführt worden (Pflegepauschbetrag). Zugleich wurden in entsprechenden Fällen die steuerlichen Höchstbeträge für die Beschäftigung einer Haushaltshilfe und bei Heimunterbringung von bisher 1.200 DM auf ebenfalls 1.800 DM angehoben.
- Seit 1. Januar 1990 können Steuerpflichtige bis zu 12.000 DM Kosten für eine sozialversicherungspflichtig angestellte Haushaltshilfe von der Steuer als Sonderausgaben abziehen, wenn zum Haushalt
 - ▶ ein erheblich pflegebedürftiger Angehöriger oder
 - ▶ bei Alleinerziehenden mindestens ein Kind, bei Ehegatten mindestens zwei Kinder bis zum zehnten Lebensjahr gehören.
- Seit 1987 können alle Eltern, die eine Wohnung oder ein Haus kaufen oder bauen und selbst bewohnen, bis zu acht Jahre lang jährlich 600 DM als sogenanntes Baukindergeld auch für das erste Kind von der Steuer abziehen. 1990 wurde das Baukindergeld um 150 DM auf 750 DM je Kind aufgestockt.

BAföG künftig bis zu 890 Mark

Mit der Zustimmung des Bundesrats hat das umfassend verbesserte Bundesausbildungsförderungsgesetz die letzte parlamentarische Hürde genommen und kann wie vorgesehen zum 1. Juli 1990 in Kraft treten.

Das 12. BAföG-Änderungsgesetz, das die Ausbildungsförderung für einen erheblich erweiteren Kreis von Berechtigten auf eine neue Grundlage stellt, ist eine weitere wichtige Verbesserung der Studienbedingungen junger Menschen. Über 400.000 Schüler und Studierende werden vom Herbst dieses Jahres an erheblich günstigere Förderungsleistungen erhalten:

Ab dem kommenden Wintersemester werden Studierende bis zu 890 Mark Ausbildungsförderung monatlich erhalten, die sie im Unterschied zum geltenden Recht nicht mehr in voller Höhe, sondern nur noch zur Hälfte zurückzahlen müssen. Viele Schüler und Studenten, die bisher kein BAföG bekommen, weil die Einkommen ihrer Eltern nach geltendem Recht dafür zu hoch sind, werden neu in den Kreis der Förderungsberechtigten aufgenommen. Bereits in diesem Jahr werden dies 70.000 zusätzlich Geförderte sein. Insgesamt wird die Zahl der BAföG-Empfänger mit Beginn des neuen Schul- und Studienjahres um nicht weniger als 30 Prozent ansteigen.

Dieser beachtlichen Strukturverbesserung hat auch die Opposition ihre Anerkennung nicht versagt. Auch die SPD hat im Deutschen Bundestag für den Gesetzentwurf der Bundesregierung gestimmt.

Bund und Länder werden für die Ausbildungsförderung 1991 rund drei Milliarden Mark aufwenden. Das sind rund 650 Millionen Mark mehr als nach geltendem

Recht. Die wesentlichen Verbesserungen, die damit verwirklicht werden, sind:

- Die Ausbildungsförderung der Studierenden wird künftig nicht mehr als Voll-darlehen, sondern zu 50 Prozent als Zuschuß gewährt.
- Die Einkommensgrenzen, bis zu denen BAföG gezahlt wird, werden erheblich angehoben, so daß auch Familien mit mittlerem Einkommen in den Förderungsbereich einbezogen werden.
- Im Hinblick auf die gestiegenen tatsächlichen Studienzeiten wird für die Examensphase eine Studienabschlußförderung von bis zu zwei Semestern einge-

Wichtiger Schritt zur Verbesserung der Studienbedingungen

führt. Damit sollen sich Studierende voll auf ihr Examen konzentrieren können. Die Befürchtung, hier werde ein Anreiz zur Studienzeitverlängerung geschaffen, ist nicht plausibel, da auch zukünftig die Gesamtförderungsdauer noch unter der heutigen Studiendauer bleiben wird.

- Der leistungsabhängige Darlehensteilerlaß für die 30 Prozent Prüfungsbesten wird um eine Zeitkomponente ergänzt. Künftig soll der Erlaß nur noch dann gewährt werden, wenn die Ausbildung spätestens ein Jahr nach dem Ende der Förderungshöchstdauer abgeschlossen wird. Dadurch soll eine vom Bundesrat befürchtete studienzeitverlängernde Wirkung dieses Teilerlasses in Zukunft vermieden werden.
- Die Bedarfssätze und Einkommensfrei-beträge werden zum Herbst 1990 um durchschnittlich drei Prozent angehoben.

Einschließlich der möglichen Zuschläge, insbesondere des erhöhten Krankenversicherungszuschlages, steigt damit der Förderungshöchstsatz von derzeit 845 Mark um 5,3 Prozent auf 890 Mark monatlich an.

● Die Pflege und Erziehung eines Kindes bis zum Alter von fünf Jahren werden künftig bei der Bemessung der Förderungsdauer berücksichtigt, und zwar durch eine Verlängerung der Förderung über die Höchstdauer hinaus bis zu drei Semestern; dies entspricht der Dauer des Erziehungsurlaubes.

● Für behinderte Studierende werden die Förderungs- und Rückzahlungsbedingungen verbessert.

● Die Förderung während einer Zweitausbildung wird stärker als bisher von der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Familien abhängig gemacht, soweit es sich aufgrund der Veränderungen im Bildungsverhalten als notwendig erwiesen hat.

Norbert Lammert, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Bildung und Wissenschaft: Auch den jüngsten deutsch-deutschen Ereignissen wurde in dem Gesetzentwurf des BAFöG Rechnung getragen. Wir können davon ausgehen, daß bei vielen Schülern und Studenten in der DDR ein erhebliches Interesse daran besteht, in Zukunft eine Ausbildungsstätte im Bundesgebiet oder West-Berlin zu besuchen. Aufgrund der in der Regel niedrigen Elterneinkommen werden sie nach der gegenwärtigen Rechtslage regelmäßig Anspruch auf Förderung haben. Angesichts der zum Teil erheblichen Unterschiede in den Lebenshaltungskosten ist für Auszubildende, die ihren Wohnsitz in der DDR beibehalten und als Pendler eine Ausbildungsstätte im Bundesgebiet oder in West-Berlin besuchen, eine Anpassung der Förde-

Jeder 5. Lehrling hat Abitur

Wie der Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHT) mitteilt, erhöhte sich 1989 der Anteil der Lehrlinge mit Studienberechtigung im Ausbildungsbereich der Industrie- und Handelskammern gegenüber dem Vorjahr um 0,6 Prozentpunkte auf 19,2 Prozent; das sind insgesamt 150.000 Auszubildende.

Im kaufmännischen Bereich, wo derzeit 126.300 Abiturienten ausgebildet würden, habe mehr als ein Viertel Abitur (27,0 Prozent). In industriell-technischen Berufen machen 23.700 Abiturienten eine Lehre, was einem Anteil von 7,5 Prozent gegenüber 7,0 Prozent im Vorjahr entspreche. Nach DIHT-Angaben ist die absolute Zahl der Lehrlinge mit Abitur gegenüber dem Vorjahr um rund 4.000 oder 2,7 Prozent gesunken; wegen der insgesamt erheblich zurückgegangenen Zahl der Auszubildenden sei ihr Anteil indessen gestiegen.

Nahezu gleichgeblieben sei der Anteil der Abgänger aus Hauptschulen: 1988 betrug er 27,6 Prozent, 1989 waren es 27,8 Prozent. Der Anteil der Auszubildenden mit Realschulabschluß sei dagegen um einen Prozentpunkt auf jetzt 35,1 Prozent gesunken.

rungsleistungen im Hinblick auf den Gleichbehandlungsgrundsatz notwendig. Daher enthält der Gesetzentwurf eine Verordnungsermächtigung, in der die Möglichkeit gegeben ist, notwendige Änderungen kurzfristig durchzuführen und im Hinblick auf noch nicht absehbare künftige Entwicklungen flexibel zu reagieren.

Ausreichend vorhandener Wohnraum ist der beste Mieterschutz

In der aktuellen Stunde des Bundestages am 9. Mai zum Thema „Haltung der Bundesregierung zur Verbesserung des Mieterschutzes im Hinblick auf die wachsende Wohnungsnot“ der wohnungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dietmar Kansy:

Bundesregierung und Koalitionsfraktionen haben bereits im letzten Jahr mit einem umfangreichen Maßnahmenbündel auf die veränderte Situation auf dem Wohnungsmarkt reagiert. Hinter diesem umfangreichen Paket steht der Gedanke, daß der beste Mieterschutz ausreichend vorhandener Wohnraum ist.

Aber statt in sachlicher Auseinandersetzung nach Gründen und Möglichkeiten zu suchen, die Situation zu überwinden, schlägt wieder die Stunde der Polemik und der populistischen Vorschläge. Statt sich einzugestehen, daß die verschiedensten Bereiche der Politik in Bund, Ländern und Gemeinden, die Wohnungswirtschaft und auch die Wissenschaft mit ihren Prognosen der Angebots- und Nachfragesituation danebengelegen haben, wird Schuldzuweisung betrieben.

Es wird verdrängt, daß trotz veränderten Wohnverhaltens der jungen Generation und daß trotz des Hineinströmens vieler neuer Bürger in unser Land der Hauptdruck auf dem Wohnungsmarkt immer noch von der großen Mehrzahl unserer Bürger ausgeht, die bereits guten Wohnraum haben und sich aufgrund einer jahrelang verbesserten realen Einkommenssituation vergrößern wollen.

Es ist völlig unbestritten, daß in so einer Situation einkommensschwächere Grup-

pen in Schwierigkeiten kommen, eine geeignete Wohnung zu finden. Trotz marktwirtschaftlichen Gesamtansatzes ist es deswegen die Pflicht von Bund, Ländern und Gemeinden, die Marktwirtschaft sozial abzusichern.

Aber die Wohnung ist nicht nur ein hohes Sozialgut, sondern auch ein teures Investitionsgut, das im ganz überwiegenden Maße aus privaten Geldern erstellt wird. Dies zu übersehen ist genauso unverantwortlich wie die soziale Funktion der Wohnung zu übersehen.

Nun haben sich in den letzten Tagen die Bauministerkonferenz, das Berliner Abgeordnetenhaus, auch die Bundesbauministerin und andere darüber Gedanken gemacht, was könnte neben der verstärkten Förderung des Wohnungsneubaus noch an Komponenten zweckmäßig sein, soziale Spannungen zu verhindern. Dazu gehören die Änderung der Berechnungsbasis der Vergleichsmiete, eine Änderung der Kappungsgrenzen, eine Regel bei Wiedervermietung, Maßnahmen gegen Verdrängung durch Umwandlung von Miet- zu Eigentumswohnungen und anderes.

Die CDU/CSU ist bereit, dem Wunsch der Bauminister aller Bundesländer nachzukommen, noch einmal zu überprüfen, ob die Abwägung zwischen Sozialgut und Wirtschaftsgut derzeit ausreichend ist. Die Kündigungssperrfrist zum Beispiel bei der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen ist nicht ausreichend. Die Koalition wird deswegen eine Verlängerung vornehmen, zumal dadurch keine Behinderung des Wohnungsneubaus stattfindet. ■

Künstliche Befruchtung

Die gesetzlichen Krankenkassen übernehmen jetzt die Kosten

Die gesetzlichen Krankenkassen sollen die Kosten für künstliche Befruchtung übernehmen. Entsprechende Bestimmungen hat der Bundestag in 2. und 3. Lesung beraten. Wolfgang Vogt, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesarbeitsministerium, wies darauf hin, daß die Krankenkassen damit eine wichtige Aufgabe erfüllen, um Ehepaaren ihren Wunsch nach einem eigenen Kind zu erfüllen:

„Mit dem jetzt vorliegenden Gesetzentwurf wird eine Regelungslücke geschlossen und die kinder- und familienfreundliche Politik der Bundesregierung weitergeführt.“

Mit den Vorschriften über die künstliche Befruchtung werden die krankensicherungsrechtlichen Folgerungen aus den inzwischen abgeschlossenen Vorarbeiten für ein Embryonenschutzgesetz gezogen.

Leistungen zur künstlichen Befruchtung waren ohne ausdrückliche Rechtsgrundlage bis 31. Dezember 1988 von den Krankenkassen in unterschiedlichem Umfang erbracht worden.

Das Gesundheitsreformgesetz hatte diese Leistung zunächst ausgeschlossen, weil die Vorarbeiten für ein Embryonenschutzgesetz noch nicht abgeschlossen waren.

Die gesetzlichen Krankenkassen werden die Kosten einer künstlichen Befruchtung unter folgenden Voraussetzungen übernehmen:

- Nur für Ehepaare (nicht für nicht-eheliche Lebensgemeinschaften),

- nur mit Ei- und Samenzellen der Eheleute (homologes System),
- Ehegatten müssen sich vor der Behandlung eingehend über die medizinischen und psychosozialen Konsequenzen und Risiken der Behandlung unterrichten lassen,
- grundsätzlich nur bis zu vier Befruchtungsversuche,
- künstliche Befruchtung nur durch Ärzte oder Einrichtungen, die entsprechend qualifiziert sind und denen das jeweilige Bundesland eine entsprechende Genehmigung erteilt hat.

Die Bestimmungen des Gesetzes gelten rückwirkend ab dem 1. Januar 1989, schließen also zeitlich unmittelbar an die früheren Kassenleistungen an. Für künstliche Befruchtungen, die gemäß den Regelungen des Gesetzes seit diesem Zeitpunkt durchgeführt wurden, erstatten die Krankenkassen die Kosten rückwirkend bis zur Höhe der Ende 1988 geltenden Vergütungssätze.

Die Verbesserungen in der gesetzlichen Krankenversicherung durch Einführung und Regelung von Leistungen zur künstlichen Befruchtung sind von erheblicher familien- und frauenpolitischer Bedeutung. Durch eine umfassende Beratung des kinderlosen Ehepaares und durch eine Genehmigungspflicht für Leistungserbringer, die künstliche Befruchtungen durchführen, wird eine Beschränkung der Behandlung bei ungewollter Kinderlosigkeit auf rein medizintechnische Aspekte und eine unkritische Anwendung der neuen Methoden der Fortpflanzungsmedizin verhindert.

Junge Union fordert „Offensive der Hilfe“

Die Schwerpunkte der künftigen Drogenpolitik müssen im Bereich Vorbeugung, Beratung und Hilfe angesiedelt werden, so der Vorsitzende der Jungen Union, Hermann Gröhe, bei der Vorstellung eines Drogenkonzeptes seiner Vereinigung.

Mit einer Offensive der Hilfe sollten Bund, Länder und Kommunen im Rahmen der Drogenbekämpfung vorgehen. Die Zahl der Drogenberatungsstellen müsse spürbar erhöht und den Drogenberatern das umstrittene Zeugnisverweigerungsrecht zugestanden werden, damit Hemmschwellen auf dem Weg zur Beratung abgebaut werden.

Vor allem im ländlichen Raum bedarf es einer Verstärkung der Anstrengungen. Mit dem Einsatz mobiler Drogenberatungsstellen müsse „dem Marsch“ der Dealer auf das Land begegnet werden.

Der Einsatz von Methadon-Programmen ist nach Ansicht der Jungen Union nur in sehr begrenztem und eindeutig festgelegtem Rahmen vorzunehmen und muß mit einer Therapie verbunden sein, deren Ziel ein drogenfreies Leben sein muß. Forderungen nach der Legalisierung weicher Drogen — wie sie bei den Jungsozialisten erhoben werden — erteilt die Junge Union eine klare Absage. ■

Antidrogenkampagne des DFB sollte bei uns Schule machen

Die anlässlich des Fußball-Länderspiels Bundesrepublik Deutschland — Uruguay vorgestellte Aktion des DFB „Keine Macht den Drogen“ wird durch das Bundesinnenministerium und das Bundesgesundheitsministerium getragen.

Der DFB setzte damit ein positives Zeichen im Kampf gegen die Drogen. Für Jugendliche wird der Einsatz der Fußball-Nationalmannschaften gegen die Drogen Vorbildfunktion haben. Gerade die oft zu beobachtende Orientierung von Jugendlichen am Beispiel von Sportlern wird hier vorteilhaft genutzt. Das positive Beispiel von Idolen wird eine große Unterstützung sein.

Es ist zu hoffen, daß weitere Verbände diesem Beispiel folgen und sich ihre Spitzenathleten an der Aktion beteiligen. **Roland Sauer**, Drogenberichterstatte der Arbeitsgruppe Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Es muß aber auch jedem klar sein, daß diese Aktion nur der Anfang einer großen Kampagne der Bundesregierung sein kann.

Übersiedler bessern Schüler-Bilanz auf

Die Zuwanderung aus Osteuropa und der DDR hat die Schülerbilanz in der Bundesrepublik leicht aufgebessert. An den allgemeinbildenden Schulen lernen zur Zeit rund 6,7 Millionen

Schüler, das sind 10 500 mehr als im vorausgegangenen Schuljahr. Damit habe sich die Zahl der Schüler erstmals seit Mitte der 70er Jahre wieder erhöht, so das Statistische Bundesamt in Wiesbaden. Ausschlaggebend für die Zunahme ist nach Einschätzung der Statistiker die Zuwanderung von Aus- und Übersiedlerkindern.

Neue Broschüre für ältere Menschen

„Gemeinsam statt einsam“ ist der Titel einer neuen Informationsbroschüre, die das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung soeben herausgegeben hat.

Sie richtet sich nicht nur an ältere Menschen, sondern an alle, die aktiv und gesund älter werden möchten. Auf 190 Seiten bietet die Broschüre einen Überblick über die Themen

- Gesundheit im Alter,
- Renten und Alterssicherung,
- Recht im Alltag,
- Wohnen,
- Verkehr und Reisen,
- Aktivität im Alter.

Der Untertitel der Broschüre „Politik

mit älteren Menschen“ macht das Anliegen und das Ziel der Politik der Bundesregierung deutlich, Kompetenz und Selbständigkeit im Alter zu fördern.

Die Broschüre enthält neben einer Vielzahl von Informationen über rechtliche und materielle Grundlagen auch zahlreiche Hinweise auf weitere Informationsmöglichkeiten, auf Verbände und Einrichtungen, bei denen Interessierte Rat und Auskünfte zur Vorbereitung auf das Alter und Anregungen für ein erfülltes Leben im Alter erhalten können.

Die Broschüre ist kostenlos erhältlich beim Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Postfach 21 60, 5300 Bonn 1.

RCDS Mitorganisator beim Wartburgtreffen

„Das Wartburgtreffen der Studenten steht im Zeichen der Suche nach neuen Gemeinsamkeiten und einer neuen Solidarität zwischen Ost und West. Wir suchen den Dialog, um gemeinsam Akzente für einen deutschen Beitrag in einem geeinten Europa zu entwickeln“, erklärte der Bundesvorsitzende des größten deutschen Studentenverbandes, des Rings Christlich Demokratischer Studenten (RCDS), Marcel Kaufmann, auf einer Pressekonferenz in Ost-Berlin.

Gemeinsam mit Jenaer Kommilitonen organisiert der RCDS ein Studententreffen im Rahmen einer Initiative für ein

„Wartburgtreffen 1990“ von Jenaer Professoren und Studenten, das am 26. und 27. Mai 1990 stattfinden wird.

Etwa 1.000 Studenten aus beiden Teilen Deutschlands und den europäischen Nachbarländern, so Kaufmann weiter, werden ab 12.00 Uhr am 26. Mai 1990 im Jugendlager Wilhelmsthal nahe Eisenach zusammenkommen, um nach dem historischen Umbruch in der DDR Fragen nach der nationalen Identität der Deutschen, Tradition und Perspektive des deutschen Hochschulwesens, aber auch des Umwelt- und Naturschutzes oder einer europäischen Sozialpolitik zu diskutieren.

Für die Moderation der insgesamt 30 Arbeitskreise ist es den Veranstalter gelungen, 30 Hochschullehrer aus beiden Teilen Deutschlands zu gewinnen.

Arbeiter und Arbeitnehmer gefragt wie nie

Gute Nachrichten von der größten Leistungsschau der deutschen Wirtschaft, der Hannover-Messe:

Im technologischen Wettbewerb schneidet die Bundesrepublik Deutschland großartig ab. Und das heißt: Gute Exportchancen auf den internationalen Märkten. Die deutsche Wirtschaft wächst auch 1990 weiter.

Das sind vor allem gute Nachrichten für Arbeiter und Arbeitnehmer, die gefragt sind wie nie:

- Allein seit Januar 1990 haben die Arbeitgeber den Arbeitsämtern rund 820 000 offene Stellen gemeldet.
- Seit 1983 wurden 1,7 Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen.
- Wer sich weiterqualifiziert, verbessert seine Chancen zusätzlich. Staat und Unternehmen investieren Milliarden in die Weiterqualifikation.
- Am besten dran sind Berufsanfänger. Sie können heute zwischen mehreren Lehrstellen auswählen. Aus Lehrstellenmangel wurde Lehrlingsmangel.

Die deutschen Arbeiter haben die höchsten Löhne, die kürzesten Arbeitszeiten und den meisten Urlaub. Weltweit!

Alle Experten sind sich einig: Das bleibt so. Die Arbeitsplätze sind sicher und die Einkommen steigen.

Mal ehrlich: Wann ging es den Arbeitern je besser als in der Regierungszeit von Helmut Kohl?

Warum geben unsere Landsleute in der DDR der CDU die Mehrheit? Sie wissen: Rot ist schlecht für die Wirtschaft.

Auch wir in der Bundesrepublik Deutschland haben die Erfahrung gemacht, daß Rot Gefahr für Wachstum und Arbeitsplätze bedeutet:

- Sinkende Exporte, Wirtschaftskrise, Staatsverschuldung,
- Explodieren der Arbeitslosigkeit,
- Lehrstellenmangel, das hatte die SPD 1982 hinterlassen.

CDU



Die
Zukunft

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1

**Großartiges
EG-Gipfelergebnis**

DIE EINHEIT KOMMT IN DEUTSCHLAND UND EUROPA

Der EG-Gipfel von Dublin war ein Gipfel der deutschen und europäischen Einheit.

- Alle 11 anderen EG-Partner unterstützen jetzt voll die deutsche Wiedervereinigung. Das ist es, was Helmut Kohl wollte.
- Die DDR bekommt uneingeschränkten Zugang zur Europäischen Investitions-

bank und zu den Kreditmöglichkeiten der Montanunion:

D. h.: europäische Unterstützung beim Aufbau der DDR.

- Gleichzeitig mit dem Europäischen Binnenmarkt soll auch die Währungsunion in Kraft treten:

D. h.: Europäische Währung ab 1993. Das ist ein wichtiger Schritt zu einem wirtschaftlich starken und stabilen Europa.

- Noch ein Pluspunkt: Die „Vereinigten Staaten von Europa“ sind beschlossen. Klarer Auftrag der Regierungschefs an ihre Außenminister. Bis Juni müssen die

Vorschläge dafür erarbeitet werden. Noch in diesem Jahrzehnt kann es eine echte europäische Regierung mit einem starken europäischen Parlament geben.

D. h.: auch ein politisch starkes und sicheres Europa.



Jacques Santer (Luxemburg): »Auf die jetzige Entwicklung haben wir seit Jahren gewartet.«

Poul Schlüter (Dänemark): »Kohls Erklärung war historisch.«

Der französische Staatspräsident François Mitterrand rühmte Bundeskanzler Helmut Kohls »historische Bewältigung der Probleme.«

Die englische Regierungschefin Margaret Thatcher dankte den Deutschen für Treue und Loyalität.

Ruud Lubbers (Niederlande): »Die Niederlande unterstützen den Wiedervereinigungsprozess voll.«

**HELMUT KOHL HAT WIEDER EINMAL DEN DURCHBRUCH GESCHAFFT:
DIE EINHEIT KOMMT, EUROPA WIRD STÄRKER.**

CDU

Dies ist die neueste Wandzeitung der CDU-Bundesgeschäftsstelle für Ihren Schaukasten. Wenn Sie in den Verteiler für Wandzeitungen aufgenommen werden möchten, wenden Sie sich bitte an Ihre Kreisgeschäftsstelle, die Ihre Angaben an die Bundesgeschäftsstelle weiterleiten wird.

UID

17/90

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion: Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, Verlag: Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91, Telefax (02 28) 23 40 93. Vertrieb: Telefon (02 28) 544-421. Verlagsleitung: Dr. Uwe Lütjhe. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementpreis jährlich 48,— DM. Einzelpreis 1,20 DM. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.